

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Barbara Benkstein, Eugen Schmidt, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10393 –**

Förderung quelloffener KI-Lösungen

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, Künstliche Intelligenz (KI) habe das Potenzial, zu einer Schlüsseltechnologie zu werden, die die Gesellschaft fundamental verändere.

Die Entwicklung großer KI-Sprachmodelle werde mehrheitlich von global agierenden Technologiekonzernen vorangetrieben, die neben dem erforderlichen Kapital und fähigen Mitarbeitern auch über immense Datenmengen und eine taugliche Recheninfrastruktur zum Training der Algorithmen verfügten. Der sich dynamisch entwickelnde Markt für KI sei trotz des beträchtlichen Vorsprungs US-amerikanischer und chinesischer Anbieter noch nicht in der Gänze aufgeteilt, auch für Deutschland böten sich noch Chancen, mit klugen Produkten relevante Marktanteile zu erobern.

Dabei sei neben einem proprietären Ansatz bei der Entwicklung von KI-Algorithmen der Einsatz quelloffener Software, auch Open Source genannt, zu erwähnen. Der Quellcode dieser Software werde veröffentlicht mit der Einladung an Interessierte, ihn auf mögliche Fehler hin zu überprüfen, mit eigenen Ideen weiterzuentwickeln, auf eigene Bedürfnisse hin zu verändern und passende Anwendungen zu kreieren.

Ein Beispiel für den Einsatz quelloffener Software im Bereich KI sei der Bildgenerator Stable Diffusion, der aus der universitären Forschung in Deutschland hervorgegangen sei. Ein weiteres Beispiel sei das Large Language Modell (LLM) Mistral des französischen Start-ups Mistral unter einer Apache-Lizenz.

Auch vor dem Hintergrund einer anzustrebenden digitalen Souveränität halten es die Antragsteller für dringend erforderlich, zur Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Herstellern und Lieferanten verstärkt auf quelloffene Lösungen auch im KI-Bereich zu setzen.

Hier böte sich für forschungsstarke bewegliche Firmen aus Deutschland die Möglichkeit, sich am sich formierenden Markt für KI-Algorithmen zu etablieren.

Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, zu prüfen, wo Open-Source-Produkte in der öffentlichen Verwaltung über den bestehenden Rahmen hinaus eingesetzt werden könnten, mit den primären Zielen der Kostenersparnis, der Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen monopolartig auftretenden Unternehmen sowie der digitalen Souveränität. Parallel hierzu müsse der Einsatz von Open-Source-Produkten einem kontinuierlichen Evaluierungs- und Verbesserungsprozess unterliegen; hierfür seien in der öffentlichen Verwaltung die erforderlichen personellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10393 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Parsa Marvi
Berichterstatter

Ronja Kemmer
Berichterstatterin

Sabine Grützmacher
Berichterstatterin

Maximilian Funke-Kaiser
Berichterstatter

Barbara Benkstein
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Parsa Marvi, Ronja Kemmer, Sabine Grützmacher, Maximilian Funke-Kaiser, Barbara Benkstein und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/10393** in seiner 154. Sitzung am 22. Februar 2024 beraten und an den Ausschuss für Digitales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10393 in seiner 77. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10393 in seiner 102. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10393 in seiner 80. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10393 in seiner 72. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10393 in seiner 56. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

III. Petitionen

Dem Ausschuss lag eine Petition zur Drucksache 20/10393 vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat.

Mit der Petition soll erreicht werden, dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Vorteile der KI demokratisch zu gestalten und die drohenden Risiken einzugrenzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in die Entwicklung einer META-KI und spezialisierter KI-Systeme für verschiedene Regierungsbereiche zu investieren. Gemeinsam soll damit Innovation und Sicherheit gefördert werden.

Dem Anliegen des Petenten konnte mit der Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10393 nicht entsprochen werden.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 64. Sitzung am 15. Mai 2024 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10393 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Parsa Marvi
Berichtersteller

Ronja Kemmer
Berichterstellerin

Sabine Grützmacher
Berichterstellerin

Maximilian Funke-Kaiser
Berichtersteller

Barbara Benkstein
Berichterstellerin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstellerin

